

Klaus Harpprecht

## Die Glosse: Wie die *Grand Old Party* Abraham Lincolns zum nationalen Rechtsblock verkam

Sarah Palin, die Ex-Gouverneurin von Alaska, ist kein Dummchen. Gäbe es dort droben im kalten Norden Gassen wie in New York, dann würde man sie, dank ihrer schlaue kalkulierenden Gören-Intelligenz, als *streetwise* bezeichnen. Sie ist nicht auf den Mund gefallen, sondern trumpft mit einer effektiven Vorstadt-Rhetorik, die an die gemeineren rechts-extremen Instinkte appelliert. Sie ist nicht hübsch, auch nicht hässlich, doch sie verfügt über einen kaum getarnten, eher vulgären Sex-Appeal, der die Männer nicht gleichgültig lässt. Sie ist, in ihrer aufgemotzten Primitivität, genau das, was Präsident Clinton selbstironisch von sich selber sagte: »White trash« – weißer Proll.

### Prominente Göre Palin

Man reibt sich die Augen, putzt sich die Ohren und will es nicht glauben: Sarah Palin, republikanische Not-Kandidatin für das Amt des Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten bei der Wahl im November 2008, ist derzeit die prominenteste Figur der Partei, die einst durch Abraham Lincoln gegründet, von Köpfen wie dem großen Historiker Henry Adams und dem deutschen 48er Revolutionär Carl Schurz geistig geformt wurde: Die klassische Freiheits- und Fortschritts-Partei, in der sich länger als ein Jahrhundert ein starker liberaler Flügel behauptet hat (während die Demokraten immer wieder unter dem Joch der Tabak-Barone des Südens seufzten).

Palin, die Galionsfigur; der verschlagene Strategie Dick Cheney, acht Jahre George W. Bushs Vertreter, zieht die Fäden. In Wirklichkeit war er der eigentliche Dirigent im Weißen Haus, machtgierig, von keinem Rechts- oder Unrechts-Bewusst-



picture-alliance

### Klaus Harpprecht

(\* 1927) ist Mitherausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefie*, war Berater von Willy Brandt. Zuletzt erschienen: seine Biografie über Marion Gräfin Dönhoff. Im Februar erhielt er den Lessing-Preis der Stadt Hamburg.

sein in Schach gehalten, der böse Geist der Regierung des Texaners, der das Folter-Regime der Geheimdienste auch nach seinem Abschied guthieß und am liebsten den Kalten Krieg gegen das russische Reich wieder eröffnet hätte.

Sarah Palin ist der Star der *Tea Parties*, die sich im Lande etablierten: Radikale Clubs, nach dem Protest der *Boston Tea Party* benannt, mit der die Rebellion und schließlich der Unabhängigkeitskrieg gegen die britische Kolonialmacht begann. (Bei jenem historischen Akt wurde kurzerhand die kostbare Tee-Ladung der englischen Schiffe ins Hafenbecken von Boston befördert, da die Amerikaner nicht einsehen, warum sie Steuern oder Zölle für die begehrte Ware zahlen sollten. Schließlich waren sie im Londoner Parlament nicht repräsentiert und konnten auch nicht wählen – »no taxation without representation«.).

### Propagandistische Scharfmacher

Angeblich stimmen heute 18 % der erwachsenen Amerikaner den Parolen der *Tea Party*-Propagandisten zu: Den Forderungen nach einer scharfen Limitierung der lateinamerikanischen Einwanderung, einer sofortigen Annullierung der Gesundheits-Reform, die Präsident Obama so mühselig erkämpft hat, einer Senkung der Steuern (trotz der Finanz-Krise), einer Be-

grenzung der staatlichen Aufsicht über die Banken, obschon die Wall Street das Land, ja die halbe Welt mit den Spekulationen seiner Akteure an den Rand des Zusammenbruchs getrieben hat. Der latente Rassismus, der sich von Barack Obama provoziert fühlt, wird kaum von den lächerlichen Verleumdungen getarnt, die ihn als den Erben Hitlers oder Stalins (oder beider zugleich) vorführen, angefeuert von den geifernden Radio-Predigern wie Rush Limbaugh, Mark Levin und Glenn Beck, von den Kommentatoren von *Fox-TV* (das dem skrupellosen australischen Medien-Zaren Murdoch gehört) – Scharfmacher allesamt, die hierzulande einer Anklage wegen Volksverhetzung kaum entgehen würden. Natürlich sind sie strikt gegen die Eheschließung von Homosexuellen. Und natürlich lehnen sie jede Begrenzung des Waffenverkaufs ab.

Am schlimmsten treiben es ihre Gefolgsleute in Arizona: Die konservative Mehrheit im Staatsparlament verabschiedete ein Gesetz, das es der Polizei jederzeit erlaubt, die Ausweise von »verdächtig wirkenden Personen« – spricht: Latinos – zu kontrollieren. Zum anderen ist jeder Bürger berechtigt, verdeckte Waffen zu tragen.

Überdies müssen Kandidaten für ein Staatsamt künftig ihre Geburtsurkunde vorweisen (da wieder und wieder behauptet wird, Obama wäre nicht in den Vereinigten Staaten zur Welt gekommen und er hätte somit das Recht der Wahl zum Präsidenten erschlichen). Barry Goldwater – obschon erzkonservativ, doch in der Regel von Vernunft und Anstand gelenkt – hätte heutzutage in seiner Heimat Arizona keine Chance, und John McCain, immerhin der Präsidentschaftskandidat 2008, muss nun, alle realistischen Einsichten verleugnend, mit den Hyänen heulen, wenn er seinen Senatsitz behaupten will. Für den Extremismus, dem die Partei der Republikaner gehorcht, gibt es nur eine historische Parallele: die *American* oder *Know Nothing*-Partei, die im Jahre 1850 plötzlich ins Kraut schoss. Die politische Sekte war nach dem Prinzip der Logen organisiert. Die Mitglieder wurden einer strengen Schweigepflicht unterworfen. Bei einer Befragung oder gar einem Verhör waren sie gehalten, nur »I know nothing« zu antworten – daher der Name. Ihr Motiv: eine kompromisslose Fremdenfeindlichkeit, die sich vor allem der irischen und deutschen Einwanderung entgegenstellte, anti-katholisch und rassis-

tisch war. Bei der Wahl des Jahres 1855 konnte sie immerhin 43 Abgeordnete im Repräsentantenhaus platzieren. Ihr Präsidentschaftskandidat gewann 1856 freilich nur den Staat Maryland. Der Spuk verzog sich in der Ära Abraham Lincolns.

Bei den späten Erben ist die soziale Zuordnung der *Tea Parties* womöglich schockierender als die Welle des Hasses und der Vorurteile: Die Bewegung rekrutiert sich keineswegs aus der weißen Unterschicht der Dauerarbeitslosen und der »kleinen Leute«, die in der Krise ihr Häuschen und womöglich ihren Job verloren. Vielmehr berichtet der Kultur-Korrespondent der FAZ in New York, dass die Mitglieder in der Regel zu den »Besserverdienenden« zählen, die für den Eintritt zur ersten Generalversammlung mehr als 500 Dollar auf den Tisch zu blättern hatten. Eiferndes Spießertum ist – wie wir dank der Freidemokraten Westerwelles wissen – vom Einkommen unabhängig. Die Extremisten aus der Mitte der Gesellschaft gehorchen der Weisung, die William Kristol, der prominenteste unter den neo-konservativen Intellektuellen, schon vor eineinhalb Jahrzehnten ausgege-

ben hatte: Die Republikaner, gebot er, sollten den Demokraten Bill Clintons jede Zusammenarbeit verweigern, ohne Kompromiss. Keine Spur durfte von der *Bipartisanship* bleiben, von der die amerikanische Außenpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg getragen wurde. Sie wirkte oft genug in die Innen-, die Sozial-, die Wirtschaftspolitik hinüber. Nun ist jede Erinnerung an die liberale Tradition der Partei ausgelöscht; weggefegt das Erbe Theodore Roosevelts, die Hinterlassenschaft Dwight D. Eisenhowers oder Nelson Rockefeller, des freihheitlichen und sozial-konservativen Milliardärs. Der liberale Flügel der Republikaner existiert nicht mehr – eine tiefgreifende Veränderung des Landes, das sich bisher jeder ideologischen Vorherrschaft verweigert hat. Die Republikanische Partei begegnet Präsident Obama mit einem Widerstand von nahezu totaler Geschlossenheit. Sie verdient es nicht länger, konservativ genannt zu werden. Sie ist – vielleicht neokonservativ. Sie ist rechts bis rechtsextrem. Damit, wie unsere amerikanischen Freunde inständig hoffen, für lange Zeit nicht mehrheitsfähig.

*Analyse:*

*Julian Nida-Rümelin*

## **Fairness und Kooperation**

*Im Anschluss an die im Zuge der jüngsten Sloterdijk-Debatte entfachte Diskussion über Freiheit, Staat und Steuern erörtert unser Autor den Rawls'schen Fairness-Begriff, der für ein realistisches Verständnis von Mensch und Gesellschaft durch den Handlungstyp der Kooperation ergänzt werden sollte.*

Die einflussreichste Theorie der politischen Gerechtigkeit, nämlich die von John Rawls (*Theory of Justice*, 1971), die bis heute Orientierungspunkt für ihre Anhänger, aber auch für ihre Gegner geblieben ist, stellt den Fairness-Begriff in einer ganz spezifischen und auch politisch ergiebigen Weise in den Mittelpunkt. Dem-



**Julian Nida-Rümelin**

(\* 1954) ist Professor der politischen Theorie und Philosophie an der Universität München und Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD, er war Kulturstaatsminister. Veröff. u.a. *Philosophie und Lebensform* (Suhrkamp 2009).

Sekretariat: Nida-Ruemelin@lrz.uni-muenchen.de